



Programm der Grün-Offenen Liste Migration zur Integrationsratswahl am 7.2.2010

Migrationspolitik ist eine Gleichstellungspolitik

Die Einwanderung der letzten fünfzig Jahre hat auch unsere Gesellschaft grundlegend verändert.

Köln ist vielfältiger geworden. Hier leben Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. MigrantInnen bilden demzufolge keine homogene Gruppe, die dieselben Bedürfnisse und Anforderungen auf die Politik hat. Diese Vielfalt ist eine Stärke unserer Stadt.

Migrationspolitik ist nicht Minderheitenpolitik, sondern Gleichstellungspolitik, die die politischen Handlungskonzepte auf individuelle Lebensumstände ausrichtet. Daher darf Migrationspolitik nicht statisch sein und muss regelmäßig auf die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen untersucht und angepasst werden.

Die Grün Offene Liste schätzt die Kölner Stadtgesellschaft als heterogene Gemeinschaft mit allen damit verbundenen Stärken und individuellen Potenzialen. Wir nehmen die Herausforderung an, diese Stärken zu nutzen und auszubauen und vorhandene Bedarfe und Schwächen in passgenaue Angebote umzusetzen oder entsprechende Forderungen an die zuständigen Instanzen zu stellen.

Kommunales Wahlrecht

Ein wesentlicher Indikator für eine gelungene Integration ist die Teilnahme (Partizipation) auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Alle Menschen, die in Köln dauerhaft leben, sollen das Recht erhalten, die Politik mit zu gestalten, aber auch mit zu bestimmen.

Wir fordern von der Landesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit auch KölnerInnen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft wählen dürfen.

Einbürgerung

Wir fordern die Erleichterung von Einbürgerungen sowie die Möglichkeit der Einbürgerung unter Beibehaltung der vorherigen Staatsbürgerschaft auch für Nicht-EU-BürgerInnen.

Kommunale Mitbestimmung

Wir wollen mehr Mitbestimmung im Integrationsrat bis hin zum Integrationsausschuss.

Der „alte“ Ausländerbeirat wurde bereits 2005 durch den Integrationsrat abgelöst. Dadurch haben MigrantInnen und eingebürgerte deutsche StaatsbürgerInnen in Köln mehr Möglichkeiten der politischen Willensbildung und –äußerung. Wir halten es für

unbedingt notwendig, diese Rechte weiterhin auszubauen. Der Integrationsrat muss weiter gestärkt werden bis er den Status eines gleichwertigen Ratsausschusses erhält.

Gleiche Chancen für MigrantInnen

Wir fordern, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle BürgerInnen dieser Stadt haben. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, brauchen wir geeignete Maßnahmen wie z.B.

- mehr bilinguale Kindergärten und Schulen (von Grund- bis Weiterführende Schule)
- Ausweitung der muttersprachlichen Angebote z.B. in dem Bereich der OGS
- Mehr Schulunterricht im Ganztage
- Etablierung und Ausweitung der interkulturellen wie z.B. die Projekte „Rucksack“ und „Stadtteilmütter“
- Ausweitung der Maßnahmen „Übergang Schule/Beruf“
- Eine Ausbildungsoffensive, die perspektivisch den Anteil von MigrantInnen bei der Stadt und städtischen Unternehmen auf ihren Anteil an der Stadtbevölkerung anhebt
- Zielgruppenorientierte Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache von Anfang an
- Gleiche Chancen für MigrantInnen beim Übergang zur weiterführenden Schule

Rechte von Studierenden stärken

Neben der allgemeinen Abschaffung der Studiengebühren fordern wir die gleichen Rechte für EU und nicht EU Studierende. Die heutige Situation der ausländischen Studierenden (kein Bafög, Schwierigkeiten bei der Beantragung einer Arbeitserlaubnis, die Notwendigkeit des Nachweises einer hohen finanziellen Unterstützung durch die Familie) sorgt dafür, dass vielen der Zutritt nach Deutschland verwehrt bleibt. Viele derjenigen, denen es gelingt, in Deutschland zu studieren, müssen oft schwarzarbeiten, um zu überleben.

Studienabschlüsse anerkennen

Die im Ausland abgeschlossenen Studien und Ausbildungen sollen in Deutschland anerkannt werden.

Frauen mit Migrationshintergrund

Die Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund und entsprechender Selbstorganisationen hat für uns besondere Bedeutung, da diese Frauen häufig in doppelter Weise benachteiligt sind. Ihre Potentiale bleiben in der Regel ungenutzt, was ein großer Verlust für die betroffenen Frauen, aber auch für unsere Stadt ist. Daher fordert die Grün Offene Liste einen leichteren Zugang zu Beratungs- und Förderangeboten für Migrantinnen und strebt für diese die Chancengleichheit im Zugang zu Bildung und qualifizierten Arbeitsplätzen an.

Lesbische und schwule MigrantInnen

Lesbische und Schwule MigrantInnen sind oft mehrfach diskriminiert. Wir haben die Angebote für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund in den letzten Haushaltsjahren ausgebaut. Diese Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Gleichberechtigung und Emanzipation und müssen daher weiterhin unterstützt werden.

Selbstorganisationen

MigrantInnen in Köln sind gut organisiert. 50 anerkannte interkulturelle Zentren leisten in Köln teilweise seit vielen Jahren wertvolle Arbeit.

Die Grün Offene Liste begrüßt die neue Richtlinie zur Anerkennung und Förderung Interkultureller Zentren. Sie ist ein geeignetes Instrument, um die Selbstorganisationen der MigrantInnen und ihre Anbindung im jeweiligen Stadtteil mit den dort lebenden sozialen Gruppen zu stärken.

Migration und Religion

Wir stehen für das Recht ein, religiös oder nicht religiös zu sein. Köln hat sich zu einer multireligiösen Stadt entwickelt. Alle Religionen in Köln sollen zu ihrem Recht kommen, egal ob sie hier schon lange praktiziert wurden oder mit den MigrantInnen eingewandert sind: evangelische, katholische und orthodoxe ChristInnen, JüdInnen, MuslimInnen, AlevitInnen, Hindus, BuddhistInnen, Sikh, Bahai und andere.

Die Grün Offene Liste unterstützt den Rat der Religionen, der den interreligiösen Dialog besonders in der Mitte der Bevölkerung fördert

Islam in Köln

Aus dem Grundrecht auf Religionsfreiheit leitet sich auch das Recht ab, Moscheen zu errichten, die sich nicht verstecken müssen. Wir unterstützen den Bau einer repräsentativen Moschee in Ehrenfeld. Wir befürworten seine Begleitung durch den eingerichteten Moscheebeirat auch über die Bauzeit hinaus.

Im Zuge der Chancengleichheit für alle Religionsgemeinschaften fordert die Grün Offene Liste die Einrichtung des islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG und die Einrichtung eines zusätzlichen Ethik-Unterrichtes. Hierzu fordern wir perspektivisch in Deutschland ausgebildete LehrerInnen für islamische Religion und die Einrichtung eines islamisch-theologischen Lehrstuhls an der Kölner Universität.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Der steigende Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund zwingt dazu, dass die Verwaltung sich interkulturell öffnet. Interkulturelle Öffnung ist ein Prozess der Organisationsentwicklung, der die Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund beseitigt und ihnen das Gesamtangebot aller öffentlichen Einrichtungen erschließt und der zu einer Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung führt.

Wir fordern Einstellungen von Beschäftigten mit Sprach- und interkultureller Kompetenz und die Entwicklung von migrantenspezifischen Angeboten.

Humane Flüchtlingspolitik

Das Unterbringungskonzept der Stadt Köln (Wohnung statt Flüchtlingswohnheim) ist ein großer GRÜNER Erfolg mit überregionaler Bedeutung und Beachtung! Die Umsetzung des Konzepts hat dazu geführt, dass die meisten Flüchtlinge nun in menschenwürdigen Wohnungen leben. Sie erhalten auf Anforderung eine sozialarbeiterische Begleitung und die Kinder wachsen in einem Umfeld auf, in dem ein geregelter Tagesablauf mit Schulbildung üblich ist.

Ein Wohnheim für traumatisierte Frauen und eines für psychisch kranke Männer zeigen, dass den sehr individuellen Bedürfnissen der Flüchtlinge professionell und respektvoll begegnet wird.

Der größte Erfolg der Flüchtlingspolitik ist die Errichtung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen, der sich aus VertreterInnen aus allen Bereichen, die mit Flüchtlingen arbeiten wie Ausländerbehörde, Liga der freien Wohlfahrtspflege, freie Träger der Beratungsarbeit, Polizei, Ordnungsbehörde und Fraktionen zusammensetzt. Der Runde Tisch arbeitet seit über fünf Jahren sehr erfolgreich. Entscheidungen werden im Konsens getroffen und erfahren entsprechend effiziente Umsetzung.

Die Ausländerrechtliche Beratungskommission arbeitet nach einem sehr ähnlichen konsensualen Prinzip und versucht gesicherte Bleiberechtsregelungen für länger geduldete Flüchtlinge, im Sinne der Betroffenen umzusetzen.

Leider haben Bundes- und Landesregierung die Chance verpasst, eine menschliche Lösung für langjährig Geduldete zu finden. Wir unternehmen daher weiterhin in Köln extreme Anstrengungen, unseren kommunalen Spielraum zu nutzen.

„Amaro Kher“ und andere zentrale und dezentrale Angebote werden wir weiterhin stärken, damit die in Köln seit vielen Jahren – in ihrer Mehrzahl nur geduldet – lebenden Roma wirksam und bedarfsorientiert unterstützt werden.

Menschen ohne Papiere

Sie leben versteckt, ohne Lobby und ohne Rechte. Sie sind aber da und die Grün Offene Liste begegnet dieser Realität. Die vom Runden Tisch für Flüchtlingsfragen in Auftrag gegebene Studie „Menschen ohne Papiere“ stellt die Lebenssituation dieser Gruppe dar und bietet Handlungsvorschläge an. Nun müssen wir diese umsetzen. Im Sinne dieser Menschen, vor allem der Kinder, die Kindergartenbetreuung, Schulbildung und Gesundheitsvorsorge brauchen.

Frauenhandel und Zwangsprostitution

Wir fordern Erhalt und Ausbau der Hilfs- und Beratungsangebote in Köln für die betroffenen Frauen. Frauenhäuser und Anlaufstellen, die professionell und mit großer interkultureller Kompetenz arbeiten, haben in Köln eine lange Tradition. Die gute Zusammenarbeit mit diesen Stellen soll auch in Zukunft fortbestehen.

Antidiskriminierung und Antirassismus

Das Dreisäulenmodell der Antidiskriminierungsarbeit in Köln hat sich bewährt. Die Stadt hat eine eigene Antidiskriminierungsbeauftragte und unterstützt zwei Büros in freier Trägerschaft (Öffentlichkeit gegen Gewalt, Caritas). Dies muss auch weiterhin ausreichend unterstützt und fortgeführt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Diskriminierungen aufgrund der Herkunft, Sprache,

Religion, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexuelle Identität verbietet, soll in diesem Rahmen bekannter gemacht und umgesetzt werden.

Mit der Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum ist eine gute Einrichtung geschaffen worden, die das Bewusstsein für Menschenrechte, Demokratie, kulturelle Vielfalt und Gewaltfreiheit fördert und rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vorbeugt. Dies ist zunehmend wichtig, nicht nur um Rechtsradikalen wie Pro Köln entgegenzutreten, sondern auch um etwas gegen den alltäglichen Rassismus zu tun, immer wenn Menschen ausgegrenzt werden.

Der Beitritt Kölns zur Städte-Koalition gegen Rassismus ist ein erster wichtiger Schritt. Nun muss der Aktionsplan konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Grün Offene Liste wird dies engagiert unterstützen und dafür eintreten, dass in Köln niemand diskriminiert oder ausgegrenzt wird.

Kultur

In Köln leben Menschen aus ca. 180 Nationen zusammen. Diese werden häufig zu „Botschaftern“ und Mittlern für ihre Kultur. Sie bilden Kulturvereine, organisieren Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, zeigen Filme, gründen Theatergruppen u.v.m. Diesen Kulturschaffenden wollen wir Raum geben und sie stärken.

Wir fordern insbesondere von den städtischen Kultureinrichtungen eine interkulturelle Öffnung bei allen Stellenbesetzungen. Gleichzeitig müssen ebenfalls die Angebote interkulturell gestaltet werden.

Die interkulturelle Woche ist ein gelungenes Beispiel für interkulturellen Austausch.

Interkulturelle Gärten

Die Grün Offene Liste hat die Gründung des Interkulturellen Gartens unterstützt und fördert weitere Projekte in dieser Stadt.

Integrationskonzept

Wir unterstützen den Prozess der Entwicklung eines Integrationskonzeptes, an der sich weite Teile der Stadtgesellschaft beteiligen, und begleiten die Umsetzung.

Positionierung der Ausländerbehörde

Die Grün Offene Liste hält an der Trennung zwischen Ausländerbehörde als Ordnungsbehörde und Interkulturellem Referat als Ombudsstelle fest. Wir plädieren für einen Ausbau der Kompetenzen und entsprechend auch für einen personellen Ausbau des interkulturellen Referats.

Wirtschaft

In Köln lebt eine große Zahl von Selbständigen mit Migrationshintergrund, die Zahl der Existenzgründer steigt beachtlich.

Vielfach tragen MigrantInnen als Einzelhändler in hohem Maße zur Lebensqualität bei und schaffen bzw. erhalten in mittlerweile allen Bereichen wertvolle Arbeitsplätze.